

Ossis unerwünscht

Bundeswehr-Generalinspekteur Dieter Wellershoff hat vergeblich zu verhindern versucht, daß Offiziere der ehemaligen Nationalen Volksarmee an der ersten gesamtdeutschen Kommandeurs-tagung teilnehmen. Interventionen des Hardthöhen-Staatssekretärs Willy Wimmer und des designierten Wellershoff-Nachfolgers Jörg Schönbohm, Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost, bewogen den Admiral zu einem Sinneswandel. Nun dürfen eine Handvoll Ex-NVA-Offiziere zu der Tagung

in einem Bonner Hotel reisen. Wellershoff hatte bereits kurz vor der Vereinigung intern wissen lassen, „das Wort Kameraden“ wolle er im Zusammenhang mit den ostdeutschen Soldaten lieber nicht hören. Vertrauliche Informationen werden die Militärs aus dem Osten in Bonn nicht erhalten: Bei 11 von 13 Programmpunkten dürfen die Ehefrauen der geladenen Offiziere zuhören. Anstatt die aktuellen Probleme der Streitkräfte zu debattieren, schimpft ein hoher Hardthöhenbeamter, „erleben wir ein reines Damenprogramm“.

Schwere Geburt

Aus dem für März angekündigten Gesetzentwurf der FDP zur Neufassung des Paragraphen 218 wird nichts. „Frühhestens Ende April“, heißt es jetzt im Justizministerium, wird der Entwurf fertig sein, denn die Liberalen sind zerstritten. Bei der Beratung abtreibungswilliger Frauen, so der bisherige Entwurfstext, sollten die „Belange des Lebensschutzes“ gleichwertig neben dem „Wunsch der Frauen nach Hilfe“ stehen. Liberale Juristen blocken ab: Der „Schutz des ungeborenen Lebens“ müsse im Gesetzestext eindeutig vorrangig sein. „Was hilft das schönste Gesetz, wenn es vom Verfassungsgericht abgeschmettert wird?“ kommentierte FDP-Justizminister Klaus Kinkel. Auch die CDU/CSU bleibt in ihrer Haltung zur Neufassung des Paragraphen 218 tief zerstritten. Die Unionschristen konnten sich nicht einmal darüber einigen, wer in der Fraktionskommission unter Leitung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Maria Michalk Lösungsvorschläge erarbeiten soll. Als der CDU-Bundesvorstand vergangene Woche auf der Vorschlagsliste auch den in Ungnade gefallenen CDU-Hardliner Paul Hoffacker entdeckte, lehnte das Gremium gleich das Gesamt-Tableau ab: Die Besetzung, so das Argument, sei zu rechtslastig.

Gauck feuert Kritiker

Zwei Mitarbeiter des Stasi-Sonderbeauftragten Joachim Gauck – die Historiker Stefan Wolle und Armin Mitter – müssen gehen. Sie hatten den Bericht von Innenminister Wolfgang Schäuble über die Stasi-Verbindungen von Lothar de Maizière öffentlich kritisiert.

Die Bonner Endfassung, so ihr Vorwurf, entspreche nicht dem internen Arbeitsbericht der Archiv-Mitarbeiter. Belastende Indizien seien unterschlagen, das Ausmaß der Spitzeltätigkeit de Maizières sei heruntergespielt worden, sagen Wolle und Mitter, die das Aktenmaterial und den ersten Berichtsentwurf der Gauck-Behörde kennen.

Aus dem geheimgehaltenen Material sei die Identität de Maizières mit dem MfS-Spitzel Czerni entgegen Schäubles vorsichtiger Bewer-



Wolle

Czernis für die Bespitzelung der evangelischen Kirche in der DDR habe das MfS damals vorgesehen, den Inoffiziellen Mitarbeiter in Zukunft direkt vom Ministerium aus zu führen.

Außerdem sei geplant worden, Czernis gute Kontakte zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin für die MfS-Gegenespionage zu nutzen.

Schäubles Feststellung, de Maizière habe möglicherweise nicht gewußt, daß er als IM geführt worden sei, halten die beiden Historiker für „absurd und gefährlich“. In Zweifelsfällen könne sich künftig „jeder herausreden: Ich habe nichts gewußt“. Und jeder könne „auch ohne Grund verdächtigt werden“.

Ihrem Behördenleiter Gauck, der Schäubles Bericht unkommentiert ließ, werfen die Kritiker vor, er habe „sein politisches Mandat verspielt, weil er nicht zurückgetreten ist“.

Gauck reagierte prompt. Am Freitag voriger Woche entließ er Wolle fristlos und kündigte Mitter die Trennung an. Begründung: „Illoyale Mitarbeiter dulde ich nicht.“



Mitter

tung „klar hervorgegangen“, so Wolle und Mitter.

Der Schäuble vorliegende Jahresplan 1989 der Hauptabteilung XX/4, zuständig für Kirchenfragen, weise Czerni zudem „als einen Spitzen-IM“ (Wolle) des Ministeriums für Staatssicherheit aus. Wegen der Bedeutung

SPD für Öko-Truppe

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine will der Bundesmarine neue Aufgaben zuweisen: Nach seinen Vorstellungen sollen die Seestreitkräfte im weltweiten Katastrophen-



Soldaten der Vereinten Nationen (bei ein...